

Protokoll

über die Konferenzsitzung des Landtages vom 31.12.1936

Beginn vormittags 9 Uhr

Abwesend Abg. Georg Vogt

Regierungsvvertreter Reg. Chef Dr. Hoop & Reg. Eh. Stellvert. Dr. Vogt

Schrittführer Gasbner

Gegenstand: Beratung des Gesetzes betr. die Einführung des
Verhältnismäßigkeitswahlrechtes und der dadurch bedingten Verfassungsänderung.

Die Gesetzesvorlage wird artikelweise durchgenommen und Dr. Vogt gibt hierzu die nötigen Aufklärungen.

In § 2 wird die Zahl der Wahlvorschlagsunterzeichner auf 20 erhöht.
In Art. 5 wird der letzte Satz als überflüssig gestrichen.

In Art. 8 wird hinzugefügt: Eine Annahmeerklärung kann nicht mehr zurückgezogen werden, wenn nicht ausserordentliche durch die Regierung zu prüfende Umstände dies rechtfertigen.

Präsident: spricht abermals der Wahl mittels einer Einheitsliste das Wort, dass sei eine so grosse gesetzliche Umstellung nicht erforderlich.

Reg. Chef: Das müsste auch gesetzlich geregelt werden und würde noch komplizierter als das Proporzgesetz.

Präsident: Die Sache ist nicht so rein theoretisch. Es wird nämlich viel gegen den Proporz geschimpft. Ich habe Bedenken für die Zukunft. Ich würde mir einbilden, wenn es mir daran gelegen wäre, noch vor der Wahl die notwendigen Stimmen für meinen Wahlvorschlag zusammenzubringen. Die Vertretung wird ja auch so zugesichert. Den gesunden Majorz sollte man erhalten. Es wird persönliche Differenzen geben, aber was gibt es auch anderswie. Das Volk ist sich ~~mit dem Kampf~~ satt und die Hauptsache ist, dass etwas geschieht. Das Gesetz verankert die Parteibildung und um das möchte ich herumkommen. Auch die Union muss sich zurückergeben, sie will ja nur die Gleichberechtigung und diese wird ja in allem zugesichert. Wenn die Parteien aber nicht so vernünftig sind und sich nicht vertragen, dann soll man ihnen Ketten anlegen.

Dr. Vogt: Allein schon der Versuch, eine Einheitsliste durchzubringen in der Partei, ist gefährlich. Einen Teil werden wir bearbeiten können. Es werden aber schwere Widerstände kommen aus der Union und zwar auch aus psychologischen Gründen. In den Parteien werden die Parteimitglieder kommen und sagen, dass sie das nicht mehr verstehen, nachdem man schon-

ge Versprechungen gemacht hat. Die Leute sind misstrauisch und wenn die Einheitsliste fassen sollte, was dann?

Präsident: Wenn das wahr ist, was ausgeführt wurde, so sind wir noch nicht auf dem Stande angelangt, den ich mir vorgezogen habe. Das Volk hat meines Erachtens Vertrauen und ist nicht so misstrauisch. Man hört vielfach, die Leute möchten in Ruhe und Frieden die Sache gemacht wissen. Wenn man den Leuten sagt, ihr habt, was ihr wollt, so sollte man zufrieden sein. Wenn die Zukunft dann lehrt, dass die Zusammenarbeit unmöglich ist, dann wird man nolens volens sich zu diesem Uebel bekehren müssen.

Geck Wend: Ich möchte die Ausführungen von Dr. Vogt unterstützen. Ich bin immer begeisterter Proporzfreund. In der heutigen Situation kann er aber Gefahren ins sich bergen. Die Einheitsliste wird im Volke wenig Verständnis finden. Ich glaube, dass man das Volk für die Einheitsliste bearbeiten und aufklären sollte.

Dr. Vogt: Wir können nicht einen jahrelangen Streit eintrich unter den Tisch wischen. Er hat sich etwas ins Volk hineingefressen. Ich habe für meine Bemühungen schon viel einstecken müssen. Wenn wir heute das Proporzgesetz zurückstellen, werden wir schwere Widerstände zu erwarten haben.

Präsident: Ich bin auch schon als Koter bezeichnet worden. Das Volk ist in beiden Parteien heute verhetzt, so dass es nicht alles glaubt. Ich glaube, das ist so reif einzusehen, dass eine Vereinbarungsliste eine ruhige Lösung in der heutigen Situation ist. Es will nicht, dass man noch Parteien kommen. Wenn das Misstrauen im Volke als Ganzes besteht, dann täusche ich mich.

Geck W.: Ich könnte jedes Wort des Präsidenten unterstreichen, aber man so vereinbart wird nicht mehr gut darum herumkommen. Politisch ist eine Müdigkeit eingetreten.

Stg. Chef: Auf das gegenseitige Vertrauen halte ich gar nichts. Ich gebe keinen Pfifferling auf das Vertrauen. Es hat auch heute noch viele Leute, die sich an die Wand gedrückt sehen.

Präsident: Es gibt heute eine große Gruppe Leute, die mit gewissen Machenschaften nicht mehr einverstanden sind. Sie wollen, dass man zusammenkommt und andererseits sind sie das Zünglein an der Waage.

Stg. Chef: Soweit ich die politische Situation kennen gelernt habe, so gibt es im gegenwärtigen Zeitpunkt nur den Proporz. Jed. andere

Ansicht ist abwegig. Ich trete ein für den Proporz aus den Notwendigkeiten heraus, die sich ergeben haben. Es wäre denn, dass die Union schliesslich sagen würde, sie machen mit. Diese Gruppe, die sich neu gebildet hat, halte ich nicht für so gefährlich.

Heidegger: Ich schliesse mich dem Reg. Chef an.

Beck Joh.: meine Ansicht ist, die Leute müssten aufgeklärt werden. Auf dem Parteizug haben die Leute heute weniger. Wenn niemand in die Gemeinden kommt von den führenden Politikern, dann weiss man von den Leuten bloss, wie sie politisch sind. hauptsächlich die Spitzen der Parteien sollten einig sein, mit den Leuten im Volk wäre es auf gutem Wege. Uebrigens ist der Landtag nicht schuld, dass das Gesetz erst jetzt vorgelegt wird.

Dr. Vogt: Die Parteileitungen haben es die letzte Zeit absichtlich vermieden, in das Volk hinauszugehen, darum hat sich eine gewisse Müdigkeit gezeigt.

Präsident: Das war ja das Richtige und bestätigt meine Auffassung. So käme schliesslich das, was uns als Ideal vorschwebt, dass das Zeug schliesslich ganz verschlart. Ich bin Optimist und glaube, dass dies möglich wäre.

Hoop: Was die Dringlichkeit betrifft, so könnte ich mich dazu nur verstehen, wenn der Boden für den Landtag geebnet wird. Es gibt viele Leute, die vom Proporz nichts wissen wollen. Man hat die Leute nicht gefragt und ein paar Unternändler haben es gemacht.

Büchel: Ich war immer Proporzgegner und damit stehe ich auf der Seite des Präsidenten. Bei den Unterverhandlungen mit der Union habe ich den Eindruck gewonnen, die Vertreter der Union stehen sich auf dem Standpunkt, man hat uns versprochen und wenn das nicht gehalten wird, so gibt es einen Krach. Ich will heute keinen Krach heraufbeschwören. Jene Leute muss man kennen, die sind viel misstrauischer als das Volk.

Dr. Vogt: Ich bin sehr dafür, dass in den Gemeinen Versammlungen abgehalten werden und bin bereit hierzu.

Reg. Chef: Ich möchte unterstreichen, was Peter Büchel als alterer erfahrener Politiker sagt. Er war mit mir mit der Union beisammen und wir haben allernachst gehört und können uns ein Bild machen, wie es steht.

Präsident: Wenn die Abgeordneten der Parteien sagen, die Situation ist so unaussagebar, dass mein Weg nichtgangbar ist, dann ist die Sache klar.

Beck Wend.: Die Dringlichkeitsklausel ist im Interesse des Landes

Büchel: Ich möchte die Union ersuchen, dass man auf die Unterhändler einwirkt, dass die Fristen nicht so strikte verlangt werden.

Dr. Schädlzer: Solche einzelne Stimmen sind Stimmungsmesser, wie es im Volk draussen aussieht. Es wäre recht gewesen, wenn das Proportionsgesetz hätte früher in den Landtag hätte gebracht werden können. Jetzt darf die Sache nicht mehr kompliziert werden. Wenn Vorträge für notwendig befunden werden, so soll man sie durchführen. Man muss unseren Schwierigkeiten auch Rechnung tragen.

Heck W.: beantragt, die Versammlung am Berg am kommenden Feiertag zu halten.

Reg. Chef: beantragt, die Gemeindegewahlen nach dem Sonntagswahl durchzuführen.

Der Landtag ist mehrheitlich der Ansicht, dass eine Aufklärung der Bürger notwendig und zweckmässig sei und es werden Aufklärungsvorträge in den Gemeinden vorgesehen.

Zu Art. 13 & 14 bemerkt Dr. Vogt, dass man die Geheimhaltung der Wahlprobe möglichst sichern wollen. Für Leute, die mit körperlichen Gebrechen benachteiligt sind, soll im Einverständnis mit der Wahlkommission der Betreffende ein Mitglied der Wahlkommission als Vertrauensmann beigezogen werden können.

In Art. 16 beantragt Elkuch die amtlichen Couverts jedem Wähler bei Anmeldung bei der Wahlkommission auszuhandigen, um Unzukömmlichkeiten auszuschalten.

Es wird vorgesehen, die Gesetzesvorlage mit den getrockneten Änderungen neu zu drucken und Ende der kommenden Woche dann in einer Landtagssitzung abermals ~~das~~ das Gesetz zu behandeln.

Präsident: Wir müssen noch einen Landesausschuss wählen. Bisher war es üblich, dass die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission denselben bildeten.

Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen und die Geschäftsprüfungskommission mit der Führung der Geschäfte des Landesausschusses betraut.

Reg. Chef: Ich danke den Herren Abgeordneten für die im vergangenen Jahre geleistete Arbeit, schliesse im Auftrage des Landesfürsten diese ~~Session~~ Session des Landtages und wünsche allen Herren Abgeordneten ein glückliches neues Jahr.

166

Schluss der Sitzung um 1 Uhr.